

Pressemitteilung vom 6.10.2022, Hamburg

+++ **Breites Bündnis läutet heißen Herbst in Hamburg ein** +++

Über 50 Gruppen aus der Zivilgesellschaft haben sich zusammengeschlossen, um gegen die Preisexplosionen, Armut und die unzureichenden Maßnahmen der Bundesregierung zu protestieren. Darunter sind die Initiative #IchBinArmutsbetroffen, das Umverteilungsbündnis Wer hat der gibt, Seebrücke, Ende Gelände, Recht auf Stadt, Fachbereiche der Gewerkschaften Verdi und IG Metall, das Hamburger Bündnis gegen rechts, AStA, Jusos, Grüne Jugend und viele andere.

Ziel des Bündnisses ist es, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit die Entlastungen für die Energie- und Wirtschaftskrise denen zugute kommen, die sie wirklich brauchen: Geringverdiener*innen, Arbeitslosen, Rentner*innen, prekär Beschäftigten, Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus und in anderen Notsituationen. Am 29. Oktober wollen wir mit einer Großdemonstration durch Hamburg ziehen. Den Aufruf dazu finden Sie unter <https://solidarischausderkrise.noblogs.org>

Die Kosten für die Krise müssen die tragen, die von ihr profitieren. Ein durchschnittlicher DAX-Vorstandschef verdiente im vergangenen Jahr vier Millionen Euro – ein Viertel mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig sind über zwei Millionen Menschen auf die Tafel angewiesen, Tendenz seit Jahren steigend. Bei einer Inflation von zehn Prozent stehen auch Haushalte mit mittlerem Einkommen zunehmend unter Druck. Menschen brauchen ihr Ersparnis auf, verschulden sich, rechnen hin und her, wie sie ihre Kosten decken können.

Doch die Ampelkoalition tut viel zu wenig um diesen Missstand zu beenden. Die Einmalzahlungen sind ein Tropfen auf den heißen Stein, die Steuersenkungen kommen primär Großverdiener*innen zugute. Das machen wir nicht länger mit!

"Allen Entlastungspaketen zum Trotz werden 13,8 Millionen Armutsbetroffene in diesem Winter in eine existenzielle Krise geraten", sagt **Susanne Hansen von der Initiative #IchBinArmutsbetroffen**. "Schon jetzt wissen viele um den 10. des Monats nicht mehr, wie sie Medikamente und Lebensmittel zahlen sollen. Deshalb gehen wir auf die Straße. Wir fordern eine krisenfeste Absicherung aller armutsbetroffenen und von Armut bedrohten Menschen."

Ansgar Ridder von Wer hat der gibt fragt: "Was ist das für eine Gesellschaft, in der einige so reich sind, dass ihnen fast alles gehört, während knapp 14 Millionen Menschen kaum ihre Grundbedürfnisse stillen können? Solange kein politisches Interesse da ist, für einen gerechten Ausgleich zu sorgen, werden wir Stress machen."

Andreas Döhring, Vorsitzender des Fachbereichs B (Öffentliche und private Dienstleistungen, Sozialversicherung und Verkehr) in **ver.di Hamburg**, sagt: "Diese Krise erfasst alle, Beschäftigte und Nicht-Beschäftigte gleichermaßen. Als Gewerkschafter:innen ist für uns klar: Wir zahlen nicht für die Kosten dieser Krise!"